

Stadtrat

Bericht und Antrag

Datum SR-Sitzung: 4. November 2024
Direktion: Finanzdirektion
Ressort: Finanzen
Verfasser: Christoph Muralt / Lukas Haldemann
Version: GRB: 2024-2922 / 2. September 2024

Postulat SVP/EDU-Fraktion betreffend Überprüfung von Lizenzgebühren von Software

I. Bericht

Die SVP/EDU-Fraktion reichte am 17. Juni 2024 ein Postulat ein:

Wortlaut

Gestützt auf Art. 29 Abs. 1 des Stadtratsreglements, OrR SR, wird der Gemeinderat beauftragt, eine Untersuchung durchzuführen und einen Bericht vorzulegen über die Frage, ob und unter welchen Bedingungen die Gemeinde Lizenzgebühren für Software entrichtet. Dabei soll insbesondere geprüft werden, ob kostenpflichtige Software durch lizenzfreie Alternativen ersetzt werden kann. Als Beispiel dient die Verwendung von lizenzfreien Schriftarten, wie sie im Artikel 'Kostenlose statt teurer Lizenz-Schrift: Der Bund spart bei seinem Auftritt im Internet' (Blick, 2024) beschrieben wird. Die finanziellen, rechtlichen und administrativen Aspekte sind in diesem Zusammenhang zu berücksichtigen.

Begründung

Die Nutzung jeder Software, sei es PLM, Office oder ähnliches, ist mit jährlichen Lizenzkosten verbunden. In vielen Fällen stehen jedoch lizenzfreie Alternativen zur Verfügung, die vergleichbare oder sogar identische Funktionen bieten. Der Einsatz solcher Open-Source-Software könnte zu erheblichen Kosteneinsparungen führen, die anderweitig zum Nutzen der Gemeindemitglieder verwendet werden könnten. Ein Beispiel dafür ist die kürzlich erfolgte Umstellung auf lizenzfreie Schriftarten seitens des Bundes, was zu Einsparungen bei den Kosten für teure Lizenzschriften führte (vgl. Artikel 'Kostenlose statt teurer Lizenz-Schrift: Der Bund spart bei seinem Auftritt im Internet', Blick, 2024). Diese Maßnahme verdeutlicht, dass der Wechsel zu lizenzfreier Software sowohl praktisch als auch wirtschaftlich sinnvoll sein kann.

Stellungnahme des Gemeinderats

Formelles

Das Postulat ist ein Antrag, durch den der Gemeinderat beauftragt wird zu prüfen, ob dem Stadtrat eine Vorlage zu unterbreiten oder ein Antrag zu stellen ist oder eine Massnahme zu treffen sei (Art. 29 Abs. 1 Stadtratsreglement).

Materielles

Der Gemeinderat bedankt sich bei der SVP/EDU-Fraktion für die Einreichung des Postulats. Der Gemeinderat nimmt zum Anliegen gerne wie folgt Stellung:

Grundsätzlich müssen bei der Software verschiedene Aspekte betrachtet werden. Es sind dies finanzielle, rechtliche und administrative Gesichtspunkte. Die Auswahl kann nicht nur aufgrund des Preises erfolgen. Bekanntlich hat der Datenschutz in der öffentlichen Verwaltung eine sehr hohe Priorität bspw. im Zusammenhang mit o365 Lizenzen. Weiter muss eine Software aus betrieblicher Sicht einsetzbar sein und ins Gesamtbild passen.

Es ist gegenwärtig schon so, dass wo möglich auf Software gesetzt wird, bei welchen die SIK (Schweizerische Informatik Konferenz) Verträge abgeschlossen hat und die öffentlichen Verwaltungen somit von Vergünstigungen profitieren können. Dies betrifft vor allem die Windows Lizenzen. Im Windows Bereich wurden zudem im Frühjahr 2024 ein Audit vorgenommen und die Lizenzen optimiert. Weiter bietet auch der Kanton Bern den Gemeinden an, verschiedene Software über einen Rahmenvertrag zu beziehen.

Bei Servern, Betriebssystemen und dem Office ist eine Open Source Variante undenkbar, da es für den Betrieb keine oder nur ganz wenige Fachkräfte auf dem Markt gibt und einige Kernapplikationen mit Open Source Produkten nicht zusammen korrespondieren. Zu einem früheren Zeitpunkt waren einige Open Source Programme im Einsatz wie zum Beispiel das GIMP (Fotobearbeitungsprogramm). Für die Mitarbeitenden waren die Programme jedoch nicht ausreichend oder konnten die Anforderungen nicht erfüllen.

Einsparung Bund für Schriftart «Der Bund spart bei seinem Auftritt im Internet»

Im Blick Artikel wird ausgeführt, dass der Bund neu eine kostenlose statt eine teure Schrift Lizenz verwendet. Aktuell verwendet der Bund bei seinem Auftritt im Internet die traditionelle Schweizer Schrift. Ab 2028 wird diese durch die Schrift Noto Sans ersetzt. Aus diesem Grund verzeichnet der Bund eine merkliche Einsparung. Der Artikel ist unter dem Weblink in den beiliegenden Dokumenten abrufbar.

IT Strategie

Die IT Strategie ist in Erarbeitung und hat einen Reifegrad erreicht, dass der Gemeinderat diese zeitnah verabschieden kann. Eine Massnahme aus der Strategie betrifft die Erarbeitung und Umsetzung einer Applikationsarchitektur. Mit diesem Thema kann vertieft geprüft werden, ob sich in Bezug auf günstigere Lösungen oder Lizenzen weitere Möglichkeiten anbieten.

II. Antrag

Annahme des Postulats.

DER GEMEINDERAT

Stefan Berger, Stadtpräsident
Stefan Ghioldi, Stadtschreiber